

## Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE - Gemeinsames Sozial- und Bildungsticket für Brandenburg und Berlin - Drucksache 7/7603 vom 25.04.2023**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg spricht sich dafür aus, dass das Land Brandenburg ein kostenfreies ÖPNV-Ticket des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg für Schülerinnen und Schüler mit Schülerschein I und II sowie für Auszubildende - unabhängig davon, ob sie sich in schulischer oder betrieblicher Ausbildung befinden - anbietet.
2. Entgegen der bisherigen Regelung zur Antragsberechtigung zum Azubi-Ticket sollen auch Beamtenanwärter und Beamtenanwärterinnen - unabhängig davon, ob sie Anwärter zum unteren, mittleren oder gehobenen Dienst sind - ein Anrecht auf das kostenlose Schüler- und Azubi-Ticket haben.

### Begründung:

Bisher müssen Schüler und Schülerinnen in Brandenburg je nach Umfang des Gültigkeitsbereiches im Abo mit einmaliger jährlicher Abbuchung pro Jahr zwischen 269,40 Euro (Stadt Potsdam) und 1602,00 Euro (VBB-Gesamtnetz) zahlen. Beim Erwerb des Abo-Tickets mit monatlicher Abbuchung liegen die Jahresgesamtpreise zwischen 277,20 Euro (Stadt Potsdam) und 1620,00 Euro (VBB-Gesamtnetz). Monatstickets ohne Abo kosten zwischen 33,00 Euro pro Monat (Brandenburg an der Havel und Frankfurt/Oder) und 163,50 Euro pro Monat (VBB Gesamtnetz). Diese Beträge stellen, je nach familiärer Konstellation, u. U. erhebliche finanzielle Belastungen dar. Das Azubi-Ticket verursacht in der günstigsten Variante (VBB Abo-Azubi) immerhin noch Kosten in Höhe 383,00 Euro pro Jahr. Aus Sicht der AfD gilt es, hier die Familien zu entlasten.

Im Land Berlin existiert zudem bereits das kostenlose Ticket für Schüler und Schülerinnen. Dieses berechtigt jedoch nur zur kostenlosen ÖPNV-Nutzung innerhalb der Landesgrenzen von Berlin. Schüler aus Brandenburg, die Berliner Schulen besuchen, müssen für die in Brandenburg befindliche Teilstrecke zu jeder Fahrt ein Anschlussticket lösen. Im umgekehrten Fall ist die Situation dieselbe. Auch hier besteht aus Sicht der AfD für Brandenburger Familien erheblicher Entlastungsbedarf.